

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 43 (1949)
Heft: 11

Artikel: Weltrundschau : von der UNO ; Politik der Atombombe ; Die Lage in Amerika ; Englische Sorgen ; Die französische Krise ; Die beiden Deutschland ; Sozialismus im Abstieg ; Titoismus ; Der Kampf um Asien
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139276>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aber er hat den heutigen Menschen in dem Wirbel seiner unlösbaren Probleme nicht allein gelassen: er hat als auf die letzte Lösung auf den Einzigen hingewiesen, der die finsternen Folgen seiner strahlenden Verwandlung einer Welt der Unvollkommenheit und Sünde von den Häuptern der Menschen hinweg auf sein eigenes Haupt gelenkt hat und der darum kein Sterblicher geblieben, sondern ein Auferstandener geworden ist. Aber auch ihn hat Ragaz als einen Neuen, Gewandelten gesehen. Unter dem Drang und der Macht der Weltentfaltung und der mit ihr wachsenden menschlichen Aufgaben ist ihm in der größten Vision seiner Spätzeit Christus zu «dem größeren Christus» geworden, der in einer erweiterten Welt eine Erweiterung auch des Menschen fordert: ein neues Offensein für das Leben, einen neuen Blick in das Werdende, ein Abstreifen alter zerbrochener Schalen, ein Ringen um ein neues Begreifen, die Bereitschaft zu einer neuen Liebe und in alldem eine neue Verantwortung. Und eben die neuen, noch ungesicherten, fragenden und suchenden Menschen sind ihm von der Liebe des größeren Christus umfassen.

Eine radikale Zersprengung zweier Gruppen, die, wenn auch auf verschiedenen Wegen, im letzten Grunde dasselbe wollen, von derselben Botschaft ausgegangen sind, kann die Gegensätze zwischen ihnen nicht lösen, sondern nur noch mehr vertiefen und damit zur Zersprengung des Ganzen führen. Sie wäre ein neuer Riß in dem zerrissenen Antlitz unserer Zeit. Sie wäre eine Absage an den, dessen Arme für alle die ausgespannt sind, die um ein neues Weltverständnis im Zeichen des Friedens und der Liebe ringen: eine Absage an den größeren Christus, der die einzige Schutzwehr gegen die schwerste Gefahr unserer Zeit: das Erkalten der Herzen, ist.

Margarete Susman.

Weltrundschau

Von der UNO Es hat kundige Beobachter der Weltlage gegeben, die damit rechneten, daß die Sowjetdelegation an der gegenwärtigen Tagung der Vereinten Nationen in Neuyork mit einem neuen, in allen Einzelheiten ausgearbeiteten Plan für eine Generalverständigung zwischen Ost- und Westblock aufrücken werde. Das ist nun tatsächlich nicht geschehen. Wohl haben die Russen der UNO-Versammlung ein weiteres Mal Vorschläge für die Einstellung der Atombombenerzeugung und die Herabsetzung der Kriegsrüstungen überhaupt unterbreitet, aber die von Amerika geführte Mehrheit hat wie üblich, trotz einem gewissen Widerstand von seiten Indiens, Australiens und Argentinien, auch diese Anregungen wieder verächtlich unter den Tisch gewischt, so daß die Russen die Lust verloren haben dürften, einen noch viel weiter gehenden Vorstoß zugunsten einer internationalen Entspannung zu wagen. Vielleicht hat aber auch schon vorher die ja als Waffe

im kalten Krieg gemeinte Mitteilung Präsident Trumans über die Atomexplosion in der Sowjetunion alle in dieser Richtung zielenden Absichten Moskaus vereitelt. Auf jeden Fall ist unter dem lähmenden Einfluß des West-Ost-Gegensatzes auch die neue UNO-Tagung wieder zu jenem klappernden Leerlauf eines immer großartiger aufgezogenen Apparats geworden, an den sich die Welt nun allmählich resigniert gewöhnt hat; es verlohnt sich kaum, die Diskussionen und Resolutionen über Griechenland, die italienischen Kolonien, Indonesien usw. auch nur zu erwähnen.

Von wirklicher Bedeutung war einzig die wiederum von den Vereinigten Staaten durchgedrückte Wahl Jugoslawiens in den Sicherheitsrat, an Stelle der ausscheidenden Ukraine und gegen die auch von Großbritannien und andern Weststaaten unterstützte Kandidatur der Tschechoslowakei. Aber es ist selbstverständlich, daß dieser Streich gegen die Sowjetunion dem Zusammenhalt der Vereinten Nationen alles andere eher als förderlich ist, hängt doch ein leidliches Funktionieren der UNO gänzlich davon ab, daß sich die beiden großen Mächtegruppen innerhalb ihrer Interessenzonen gegenseitig respektieren. Die Wahl Jugoslawiens war aber von seiten der Mehrheit der Weststaaten ein unzweideutiger Ausdruck des Willens zum Gegenteil. Man braucht sich nur vorzustellen, die Südafrikanische Union gerate in offenen, scharfen Gegensatz zum britischen Völkerbund (Commonwealth), und die Sowjetunion vermöge die Wahl eines Mitgliedes der Regierung Malan in den Sicherheitsrat als angeblichen Vertreters der britischen Staatengruppe durchzusetzen – und man ist sofort im Bild über die Fairneß der amerikanischen Handlungsweise. Sachlich wird die Verschiebung des Stimmenverhältnisses im Sicherheitsrat an der bestehenden Lage kaum viel ändern; der nicht mehr allzu ferne Eintritt des neuen China in die Reihe der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates wird überdies für Rußland den Verlust der bisher von einem Mitglied der Sowjetgruppe geführten Stimme mehr als ausgleichen.

Politik der Atombombe Unterdessen macht sich die Tatsache des russischen Besizes von Atombomben – oder doch das Wissen um die Möglichkeiten der russischen Atombombenherstellung – in der Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses immer mehr fühlbar. Wie stellt sich denn die Lage von hier aus gesehen jetzt eigentlich dar?

Zunächst ist festzuhalten, daß die Sowjetunion auch nach der Lösung des technischen Problems der Atombombenfabrikation keinen Angriffskrieg gegen Westeuropa oder gar gegen die Vereinigten Staaten zu führen vermöchte. Dazu brauchte sie, wie uns Fachleute versichern, auch im günstigsten Fall einen Vorrat von ein paar tausend Atombomben und eine Flotte von schweren Langstrecken-Flugzeugen, die die Bomben über den Ozean oder den Nordpol hinweg an Amerika heranbringen

könnten¹. Weder die eine noch die andere Voraussetzung ist auf irgendwie absehbare Zeit hinaus erfüllbar (die Vereinigten Staaten selbst sollen heute trotz vierjährigem Vorsprung und trotz ihrer großen industriellen Überlegenheit über die Sowjetunion erst etwa 500 Atombomben haben) – abgesehen davon, daß die russische Strategie ganz und gar nicht an die kriegsentscheidende Wirkung von Atombomben oder andern Massenvernichtungswaffen glaubt. Was aber über kurz oder lang möglich sein wird, das ist ein russischer Vergeltungsangriff mit Atombomben auf westeuropäische Städte, Industriezentren und Militärflugplätze. Und das schafft nun allerdings tatsächlich eine neue Lage. Denn von nun an braucht sich die Sowjetunion – wir haben das schon in der Oktober-Rundschau ausgesprochen – erst recht nicht durch die Entfaltung militärischer Machtmittel von seiten der Westmächte einschüchtern zu lassen, geschweige durch die Drohung mit dem Präventivkrieg. Am Tag nach der Zerstörung Moskaus lägen auch Paris und London in radioaktiven Trümmern.

Nun könnte Amerika ja allerdings Westeuropa einfach opfern und schon jetzt, das heißt, bevor Rußland einen Vorrat an Atombomben angesammelt hat, seinen eigenen Bombenvorrat über die Sowjetunion ausschütten in der Absicht, durch einen ungeheuerlichen Blitzschlag den «ja doch unvermeidlichen» Krieg noch rechtzeitig zu seinen Gunsten zu entscheiden. Aber das ist reine Theorie. Nicht nur daß die Vereinigten Staaten, trotz Hiroshima und Nagasaki², zu einer solchen Untat moralisch nicht fähig wären: die bisher in Amerika fast allein herrschend gewesene Auffassung, daß durch den strategischen Masseneinsatz der Luft- und Atomwaffe von den rings um die Sowjetunion angelegten Stützpunkten aus Rußland knockout geschlagen werden könne, wird neuerdings auch aus militärischen Gründen ernsthaft bestritten. Ein Zeichen dafür ist der freilich sehr ränkevolle Kampf, den die amerikanische Marine zurzeit gegen die Armee und die Luftmacht führt, und bei dem es, wenn man alles Nebensächliche wegläßt, vor allem um die Frage geht, ob die Atombombe wirklich als kriegsentscheidende Waffe gelten dürfe.

¹ Auf Deutschland wurden im zweiten Weltkrieg 1,3 Millionen Tonnen gewöhnlicher Bomben geworfen, und zwar – entgegen der landläufigen, aber oberflächlichen Annahme – ohne entscheidendes Ergebnis. Das entspricht ungefähr 400 verbesserten Atombomben. Um aber die Vereinigten Staaten mazzusetzen, müßte Rußland eine vielfach größere Zahl von Atombomben besitzen und abwerfen können.

² Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß die Zerstörung der beiden japanischen Städte nicht aus zwingenden *militärischen Gründen* befohlen wurde (Japan war ohnehin schon kapitulationsreif und hatte bereits Friedensfühler ausgestreckt), sondern aus kühler *politischer Berechnung*: die Sowjetunion, die vereinbarungsgemäß im Begriffe stand, Japan den Krieg zu erklären, sollte verhindert werden, bis nach Japan selbst vorzustößen. Amerika wollte dort *allein* herrschen – und tut es seither auch. Der Atombombenangriff auf Hiroshima und Nagasaki kennzeichnet sich damit, wie mit Recht gesagt wurde, als erster Akt im kalten Krieg der Vereinigten Staaten gegen Rußland – und als Opfer dieses politischen Schachzuges fielen dann eben (der Zweck heiligt die Mittel) die mindestens 120 000 japanischen Menschen, die dabei ihr Leben lassen mußten.

Die höchste Wahrscheinlichkeit spricht in der Tat dafür, daß dies *nicht* der Fall ist. So große Bedeutung der Atombombe als *taktischer* Waffe – in Verbindung mit Land- und Seeoperationen – zukommt, so wenig vermag sie auch bei massierter Anwendung als selbständig operierende *strategische* Waffe gegen ein Riesenreich wie die Sowjetunion auszurichten, das zudem den Standort seiner kriegswichtigen Industrien ängstlich geheimhält und diese Anlagen schon längst nach Möglichkeit dezentralisiert hat. Kriegsentscheidend kann die Atomwaffe nur beim Nachstoßen gewaltiger Landarmeen wirken – und gerade diese Landarmeen werden den Westmächten in einem Krieg gegen Rußland nicht zu Gebote stehen, auch nicht, wenn Westdeutschland wieder militarisiert wird (ein Plan, der, wie Oberst Payne unlängst im «Daily Telegraph» sehr glaubhafterweise behauptet hat, von hohen amerikanischen Offizieren lebhaft befürwortet wird). Sollte sich aber die amerikanische Staats- und Wehrmachtsführung dennoch in das wahnwitzige Abenteuer eines Atombombenangriffes auf die Sowjetunion stürzen, bevor die Russen mit der gleichen Waffe zurückschlagen könnten, so würde das auf jeden Fall die Invasion Westeuropas durch die Rote Armee auslösen, und die Folge wäre ein jahrelanges, mit namenlosem Entsetzen verbundenes Ringen der beiden feindlichen Lager, wobei Westeuropa und seine Gesittung alle Aussicht hätten, von Grund auf zerstört zu werden.

Wir wiederholen: Ein russischer Angriff auf Amerika liegt schon aus technischen Gründen in gänzlich unabsehbarer Ferne. Ein russischer Angriff auf Westeuropa wäre technisch denkbar, zöge aber der Sowjetunion von seiten der amerikanischen Luftflotte sofort eine Gegenaktion zu, deren Zerstörungswirkungen die allfälligen Gewinne eines Eroberungskrieges völlig zunichte machen müßten. Auch ein nicht provozierte amerikanischer Blitzkrieg mit Atombombern gegen die Sowjetunion wäre technisch ohne weiteres möglich, brächte aber keinen schnellen, billigen, von der Schalttafel des Luftmacht-Hauptquartiers aus errungenen Sieg, sondern nur einen langen, in jeder Beziehung teuren dritten Weltkrieg, der mit dem Einsatz aller Waffengattungen und Kräfte geführt werden müßte und auch für das geschützte Amerika einen unerwünschten Ausgang nehmen könnte. Die vernunftgemäße Folgerung aus diesem ganzen Tatbestand müßte also sein: Verzicht auf jeden Krieg; Abrüstung beider Lager, wenn möglich gemeinsame, gleichzeitige Abrüstung sowohl der Westmächte als der Oststaaten, wenn nicht möglich, ein erster Abrüstungsschritt wenigstens der militärisch und wehrwirtschaftlich ihrem Widerpart fraglos überlegenen Vereinigten Staaten; Aufhebung des Atlantikpaktes, der als reines Verteidigungswerkzeug unnötig und gegenstandslos ist, als Droh- und Druckwerkzeug des Starken gegen den Schwächeren aber nur Furcht und Erbitterung wecken kann und für den Besitzer des Instrumentes eine wachsende Versuchung zum Gebrauch seiner Überlegenheit darstellt; und dann besonders Übergang zu einer

Abwehr des Kommunismus durch das allein wirksame Mittel radikaler Sozialreformen in weltweitem Maßstab.

Das müßte die Folgerung aus der heutigen Weltlage sein. Was für eine Haltung nehmen nun aber die in erster Linie verantwortlichen Mächte *tatsächlich* ein? Gehen sie ernsthaft an die Rückbildung der Kriegsrüstungen heran? Setzt sich in ihrem Schoß wirklich der Wille zu einer durchgreifenden Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse besonders in den vom Kommunismus am meisten bedrohten Ländern durch?

Die Lage in Amerika

Daß Amerika auf internationale Abrüstungsverhandlungen nicht eintreten will, wurde bereits bei der Besprechung der UNO-Tagung erwähnt. Dafür steigert es seine nationalen Kriegsrüstungen, eingeschlossen die Herstellung von Atombomben, mit aller Macht, wennschon die gar zu sehr überbordenden Begehren der verschiedenen Wehrmachtzweige von Präsident und Bundesversammlung jeweils etwas eingedämmt werden. Von einem fühlbaren Nachlassen der antikommunistischen Hysterie ist keine Rede; das jüngste Urteil eines Newyorker Gerichtes in dem großen Prozeß gegen elf Kommunistenführer, das aus der bloßen Wiederaufrichtung der Kommunistischen Partei (im Jahr 1945) eine «Verschwörung zum gewaltsamen Sturz der amerikanischen Regierung» (nämlich für den Fall einer sozialen Krise oder eines Krieges) konstruierte, bedeutet sogar einen neuen, schweren Einbruch in die freiheitlich-revolutionäre Überlieferung der Vereinigten Staaten und ihr rechtsstaatlich-demokratisches Gefüge, das freilich bald nur mehr täuschende Fassade ist. Dem entspricht die im ganzen durchaus reaktionäre sozialpolitische Leistung der Bundesversammlung, deren republikanisch-rechtsdemokratische Mehrheit das Fair-Deal-Programm Trumans, mit Ausnahme etwa der Vorlagen über die Erhöhung des Mindestlohns und eine bescheidene Wohnungsbauförderung, planmäßig zum Scheitern gebracht hat. Das gewerkschaftsfeindliche Taft-Hartley-Gesetz bleibt jedenfalls unangetastet; von den Ansätzen zum Schutz der staatsbürgerlichen Rechte, besonders derjenigen der Neger, ist überhaupt nichts mehr übrig; ebenso spurlos verschwunden sind die Entwürfe für einen staatlichen Gesundheitsdienst, für Bundesbeiträge an die wirklich sehr hilfsbedürftige Volksschule der ärmeren Staaten, für neue Flußregulierungssysteme nach Art des Tennesseeetal-Werkes, für eine Stützungsaktion zugunsten der Landwirtschaft usw.

Wohl sind die fortschrittlichen Kräfte, die jetzt vor einem Jahr Trumans Wahl gesichert haben, keineswegs geschlagen; die Gewerkschaften stehen sogar in kräftiger Offensive und liefern dem Unternehmertum vor allem in der Kohlen- und in der Stahlindustrie Streikämpfe größten Ausmaßes. Da aber die Spitzenverbände der amerikanischen Gewerk-

schaften mit beiden Beinen selbst auf dem Boden des «freien Unternehmertums» stehen, die Kommunistenhaß schwungvoll mitmachen³ und die so ausgesprochen auf die Interessen der kapitalistischen Klasse zugeschnittene Außenpolitik der Vereinigten Staaten energisch unterstützen, so lähmen sie damit ihren Kampf um soziale Sicherheit und für den Ausbau des Wohlfahrtsstaates ungewollt in folgenschwerer Weise und versagen namentlich im Kampf gegen die Kriegskräfte, mit denen sie sich weithin solidarisch fühlen (nicht nur als Mitnutznießer der Gewinne der Kriegsindustrie), fast vollständig. «Es ist», so schreibt im Blick auf diese Zusammenhänge die «York Gazette», ein kleines, aber charaktervolles pennsylvanisches Tagblatt, «wie wenn die Behörden zu den Arbeiterführern also gesprochen hätten: ‚Helft uns die Welt kolonisieren, und wir werden euch zur größten und schönsten gelben Gewerkschaft machen, die man je gesehen hat. Wir werden dazu imstande sein, weil wir jetzt daran sind, Großbritannien als Herr über die Wirtschaftskräfte und Völker der Erde abzulösen. Habt keinen Kummer um euren Lebensstandard, Brüder, denn die Arbeiter der Welt werden uns Amerikaner alle auf ihrem Rücken tragen.‘»

Englische Sorgen Wie stark die amerikanische Außenpolitik kapitalistisch ausgerichtet ist, ersieht man auch aus der soeben in Paris abgehaltenen Tagung der *Marshall-Plan-Organisation*, deren Leiter, Paul Hoffman, mit «Reformvorschlägen» aufwartete, die nach dem Korrespondenten der «Neuen Zürcher Zeitung» darauf ausgehen, «den Marshall-Plan und die europäische Wirtschaftszusammenarbeit in den Dienst einer fortschreitenden Rückkehr Westeuropas zu einer liberaleren, nach dem Markt orientierten Wirtschaft (zarte Umschreibung für: Wiederherstellung des alten Kapitalismus) zu stellen». Das war natürlich von Anfang an ein Hauptziel des Marshall-Planes, nur sagt man es jetzt offener heraus, da man mit dieser Restaurationspolitik unerwartet großen Erfolg wenigstens auf dem europäischen Fest-

³ Die ältere der beiden großen Spitzenorganisationen der amerikanischen Arbeiterschaft, der Amerikanische Gewerkschaftsbund, war schon immer stur antikommunistisch und ausgesprochen privatwirtschaftlich eingestellt. Die jüngere, der Verband der Industriegewerkschaften (CIO), in dem ein freier Geist wehte (er organisierte beispielsweise auch Frauen und Neger), schien bis nach Kriegsende Verständnis für die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Wirtschaftsordnung in der Richtung auf den Sozialismus zu haben. Seither ist auch er immer mehr dem landläufigen Antisozialismus und Antikommunismus erlegen, und an seinem jüngsten Kongreß in Cleveland hat er in aller Form die kommunistisch geleiteten oder beeinflussten Berufsverbände aus seiner Mitte ausgeschlossen. Es betrifft dies zehn oder elf Gewerkschaftsverbände, vor allem den großen, etwa 350 000 Mitglieder zählenden Verband der Elektrizitätsarbeiter. Die Vermutung, die da und dort geäußert wurde, daß die Austreibung der «linken» Gewerkschaftsverbände aus dem CIO nicht ohne Zusammenhang mit dem Nachgeben der Unternehmer im Streik der Stahlarbeiter stehe, ist nicht einfach von der Hand zu weisen. Philipp Murray, der Zentralpräsident des CIO, ist zugleich auch Präsident des Stahlarbeiterverbandes. (12. November.)

land gehabt hat. Die britische Labourregierung ist begreiflicherweise wenig erbaut von Hoffmans Erzählungen; sie droht bei einer Durchsetzung dieses Programms noch mehr isoliert und bedrängt zu werden, als das schon bisher der Fall ist. Aber was will sie in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung machen, nachdem sie sich von außen her schon die Pfundabwertung hat aufzwingen lassen? Auch die neuen *Einschränkungsmaßnahmen*, die sie im Gefolge der Währungsreform Ende Oktober verkündet hat, werden Englands Lage nicht viel verbessern, sind sie doch nur ein vorläufiger Notbehelf zur Abwehr der Inflation, ohne Englands Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland aktivieren oder auch nur das weitere Schwinden der britischen Goldreserven und dadurch die Wiederkehr akuter Krisen verhindern zu können, wie sie nun innert der letzten Jahre immer wieder aufgetreten sind, mit der Pfundabwertung als vorläufig radikalstem Lösungsversuch. Wenn die Regierung die Dinge nicht einfach treiben lassen will auf die Gefahr hin, zu den von konservativer Seite geforderten klassisch kapitalistischen «Heilmitteln» – Beschneidung der Sozialausgaben, Lohnabbau, Arbeiterentlassungen, Steuererleichterungen für die Unternehmer usw. – greifen zu müssen, dann wird ihr nichts anderes übrig bleiben, als einen von ihrer sozialistischen Grundauffassung inspirierten Aktionsplan ins Werk zu setzen, der außer entschlossenen Eingriffen in Privatindustrie, Außenhandel und Kapitalbewegung insbesondere auch eine drastische Verminderung der Rüstungsausgaben und der auswärtigen Verpflichtungen Großbritanniens einschließen müßte, welche letztere allein zwei Drittel aller Beträge verschlungen haben, die England als Anleihen oder Marshall-Hilfe von Amerika bezogen hat⁴. «Wir verdanken unsere Schwierigkeiten», so stellt Kingsley Martin im «New Statesman» fest, «in erster Linie Bevins Glauben, wenn wir die Rolle der großen Schutzmacht spielten und es so Amerika ersparten, diese Rolle im Mittleren und Fernen Osten selbst zu übernehmen, dann würden wir von den Vereinigten Staaten immer soviel Geld bekommen können, wie wir brauchen. Ich glaube nicht, daß dies wahr ist, und ich würde es als eine Politik des Selbstmords für ein sozialistisches England ansehen, auch wenn es wahr wäre.» Es bleibt abzuwarten, ob die britische Staatsführung Einsicht und Tatkraft genug aufbringt, um sich noch rechtzeitig aus ihrer Verstrickung in das amerikanisch-kapitalistische Weltsystem zu lösen.

⁴ Die britische Regierung hat inzwischen bereits beschlossen, ihre Truppen wenigstens aus Griechenland zurückzuziehen, wenn auch nicht aus finanziellen Gründen, sondern weil die Rebellen endgültig aufgerieben seien. Aber die finanzielle Entlastung, die sie dadurch gewinnt, wird ihr trotzdem willkommen sein. Daß nach russischer Behauptung an der Niederlage der griechischen Partisanen Tito schuld sein soll, ist ganz unglaublich. Viel eher kann man die Sowjetunion dafür verantwortlich machen, die aus Furcht vor Verwicklungen mit den Westmächten jede wirkliche Intervention in Griechenland unterlassen hat, ähnlich wie übrigens auch in China. Die Führung der Rebellen handelt bei ihrer vorläufigen Liquidierung des militärischen Kampfes offenkundig im Einvernehmen mit Moskau.

Die französische Krise

Noch viel konsequenter als England ist Frankreich auf die Nachkriegslinie der amerikanischen Politik eingeschwenkt. Und doch – nein, gerade darum taumelt es von einer Krise zur andern. Seine letzte, in Form eines Kabinettswechsels verlaufene Krise war besonders langwierig und bösartig. Aber wenn nun auch an Stelle des Freisinnigen Queuille schließlich der Klerikale Bidault als Ministerpräsident getreten ist, so entgeht doch keinem aufmerksamen Beobachter der französischen Politik die Tatsache, daß diese immer wiederkehrenden Regierungskrisen, die an dem tatsächlich verfolgten politischen Kurs nur wenig ändern (Bidault wird höchstens der Abschaffung des Proporztes stärkeren Widerstand leisten als sein Vorgänger), nur Ausdruck einer Krise des ganzen Regimes sind, unter das die Vierte Republik geraten ist. Das war ja eigentlich schon klar, als im Mai 1947 die aus der Widerstandsbewegung hervorgegangene «Große Koalition» zerbrach und die Kommunisten aus der Regierung verschwanden. Die «Koalition der Mitte», gegen die von Amerika aus nichts mehr einzuwenden war, griff denn auch eifrig nach der Marshall-Hilfe, um die französische Wirtschaft auf den alten Geleisen wieder in Gang zu bringen und die Arbeiter dem kommunistischen Einfluß zu entziehen. Gleichzeitig etablierte sich der sozialistische Innenminister Jules Moch als Streikbrecher von Format, während die wahrscheinlich aus Mitteln des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (American Federation of Labor) gespiesene Force Ouvrière eine Konkurrenzorganisation gegen den kommunistisch orientierten Allgemeinen Gewerkschaftsbund aufbaute. Der Erfolg war mager; ja die immer stärker den großbürgerlich-kapitalistischen Interessen hörig gewordene Wirtschaftspolitik der Regierung der «Dritten Kraft» sorgte fortlaufend dafür, daß der Geist der Revolte im französischen Arbeitervolk recht kräftig lebendig blieb. Und heute ist es nun glücklich so weit, daß sich unter kommunistischer Führung die Gewerkschaftsverbände aller Richtungen zur Einheitsfront gegen die herausfordernde Wirtschaftssaniererei der herrschenden Klassen – Tiefhaltung der Löhne, damit es keine Inflation gibt, aber freie Bahn für die Steigerung der Gewinne, weil das die Unternehmungslust anregt – zusammenzuschließen beginnen, während die Sozialisten, aus den Wirtschaftsministerien verdrängt und ohne wesentlichen Rückhalt in den Gewerkschaften, immer mehr die Rolle des fünften Rades am Regierungswagen spielen. Wie lange noch? Niemand weiß es, die Sozialisten wohl am wenigsten; ihre Furcht, in der Opposition irgendwie an die Seite der Kommunisten gedrängt zu werden, ist eben immer noch stärker als ihre Abneigung gegen die Kollaboration mit ausgesprochen reaktionären Regierungspartnern. Sicher ist nur, daß die Lage der französischen Arbeiter und Angestellten unhaltbar geworden ist. Der bisherige Arbeitsminister Daniel Mayer hat vor dem Rücktritt des Kabinetts Queuille seinen Kollegen selbst Zahlen vorgelegt, aus denen hervorgeht, daß in der Provinz der Durchschnittslohn für Arbeiter der untersten Einkom-

mensstufe ganze 7752 Francs im Monat beträgt, für die Mehrzahl der Arbeiter der nächsthöheren Stufe 8241 Francs, also nach dem Wechselkurs etwa 71 beziehungsweise 75 Schweizerfranken! Und Menschen mit solchen Hungerlöhnen, so schreibt J. Alvarez del Vayo in der Neuyorker «Nation», «erwarten etwas Konkreteres als einen Schutz, wie ihn der Atlantikpakt bietet, oder platonische Erklärungen der Menschenrechte». Vielleicht wird es wirklich so kommen, wie im «Esprit» (Oktoberheft) Guy Thorel voraussieht, daß nämlich auch ohne ausländische Nachhilfe die Lage in Frankreich rasch katastrophal werde. «Die Arbeitergewerkschaften können, auch wenn sie wirklich schwach sind, kraft ihrer Berufung nicht einfach ohnmächtige Zuschauer eines ungleichen sozialen Kampfes bleiben. Im übrigen glauben wir, daß, welches auch die Haltung der Arbeiterorganisationen sein mag, vom Dezember ab mehr oder weniger ernste Bewegungen in Frankreich ausbrechen werden, jedenfalls viel ernstere als diejenigen der letzten zwei Monate.»

Die beiden Deutschland Die Deutsche Demokratische Republik, wie sich der neue ostdeutsche Staat heißt, der unter russischem Protektorat errichtet worden ist, hat begreiflicherweise in der westlichen Welt eine schlechte Presse. Und wir selbst haben bereits in der letzten Rundschau bemerkt, daß die Regierung Pieck-Grotewohl in der ostdeutschen Bevölkerung bei weitem keine ausreichende gesinnungsmäßige Grundlage habe. Andererseits wollen wir aber doch nie vergessen, daß die Durchführung sogenannter freier Wahlen nach westdeutschem Muster im gegenwärtigen Zeitpunkt einfach die Wiederaufhebung der meisten großen Reformen bedeuten würde, die seit vier Jahren in der Wirtschaft, im sozialen Leben, im Erziehungswesen, in der Gerichtsorganisation, im Behördenaufbau und in andern Zweigen des öffentlichen Lebens der Ostzone verwirklicht worden sind. Es sind merkwürdige Sozialisten, die einen derartig folgenschweren Rückschritt um der Einführung der politischen Demokratie willen – die für die Deutschen eben doch immer noch eine sehr fragwürdige Sache ist – in Kauf zu nehmen bereit sind! Wenn man aber den wirtschaftlichen Aufschwung in der westdeutschen Republik der Armut und dem Mangel in Ostdeutschland gegenüberstellen will, so muß man auch zugeben, daß in Ostdeutschland die Wirtschaftslage und die Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung in der letzten Zeit eher besser geworden sind, während für Westdeutschland das gleiche nicht gesagt werden kann. Besser geht es gegen früher in Westdeutschland vor allem denen, die Sachgüter zu verkaufen haben; die andern, die nur ihre Arbeitskraft auf den Markt bringen können – und es ist die große Mehrheit –, sind seit der berühmten Währungsreform eher schlechter dran. Die Wohnungsnot ist für diese Schichten sicher so arg wie je, die Zahl der Arbeitslosen beträgt schon heute wieder gegen 1,5 Millionen, und

für den Winter erwarten viele eine weitere Verschärfung der auch außerhalb von Westberlin recht kritisch gewordenen Wirtschaftslage. Westdeutschland ist nun eben einmal aufs neue ein von einer dünnen Schicht in- und ausländischer Finanz- und Industriekapitäne beherrschtes hochkapitalistisches Land geworden, mit allen Vorteilen der «freien Wirtschaft» für die Ober- und Mittelklasse, aber auch mit allen schweren Nachteilen, die dieses Regime den unteren Volksklassen auferlegt. Und es ist nur zu natürlich, daß sich auf diesem Boden auch der alte deutsche Macht- und Gewaltgeist wieder aufs üppigste entfaltet, ja daß sich sogar richtiger Nazigeist, nachdem er sich eine Zeitlang in den Untergrund verkrochen hatte, aufs neue ganz ungescheut ans Licht wagt. Vergessen wir schließlich auch nicht die ernste Tatsache, daß unter dem Deckmantel des Antikommunismus in Westdeutschland schon längst so etwas wie eine stille *Gegenreformation* im Gang ist, die von Rom aus höchst planvoll und weitschauend durchgeführt wird. Was der Pfarrer und Staatsminister Albert (Hannover) im Schweizerischen Evangelischen Pressedienst (Nr. 42) schreibt, sollte doch auch uns zu denken geben:

«Das konfessionelle Gesicht Deutschlands hat sich in einer tragischen Weise verschoben. Wir haben in Bonn eine Regierung, ein Parlament und eine Länderkammer mit einer katholischen Mehrheit . . . Es ist kein Geheimnis mehr, wer die politischen Entscheidungen Westdeutschlands wesentlich beeinflusst. Die Villa des Bundeskanzlers liegt nur dreißig Kilometer von der Residenz des Kardinals Frings entfernt, und bereits die Verhandlungen im Parlamentarischen Rat zeigten deutlich genug, wie man eine provisorische und der deutschen Wirklichkeit nicht entsprechende Mehrheitssituation auszunutzen versuchte, um kulturpolitische Forderungen durchzusetzen, die sonst niemals Aussicht auf Erfolg gehabt hätten und in Berlin wahrscheinlich nicht einmal zum Antrag erhoben worden wären.

Ich hoffe nicht falsch verstanden zu werden, wenn ich der Meinung bin, daß die augenblickliche Situation Deutschlands zugleich den größten Gewinn für die Politik der römischen Kurie bedeutet. Sicher, man hat auch in Bonn von der Regierungsseite her vom Provisorium Westdeutschlands geredet. Man hat den Berliner Freunden in ihrer unglücklichen Situation einige freundliche Worte gesagt. Man hat die deutschen Brüder in der Ostzone angeredet, man hat mit großem nationalem Pathos die Forderung auf die Rückgabe von Schlesien, Pommern und Ostpreußen erhoben. Ich habe diesen Erklärungen mit tiefem Mißtrauen zugehört. Denn tritt nur Berlin als vollberechtigtes Land in das westdeutsche Staatsgefüge ein, bricht die Mehrheit von Konrad Adenauer zusammen. Wird er stark genug sein, diesen Selbstmord zu wollen? Ich bezweifle es. Das Betrüblichste ist, daß die offiziellen Organe der evangelischen Kirche in Deutschland bisher nicht den Mut hatten, diese Situation offen auszusprechen. Man sitzt im selben Schiff, man stellt mit einer prominenten Persönlichkeit der evangelischen Kirchenleitung den Bundes-Innenminister, man vertritt auf dem kultur- und schulpolitischen Gebiet unter Aufgabe aller theologischen Erkenntnisse der letzten Jahre eine leicht modifizierte katholische Ansicht; man sitzt also wieder dort, wo man 1815 ebenso gesessen hat wie 1918, bei der politischen Restauration.»

Haben wir Religiös-Sozialen nach alldem irgendwelchen Grund, die Geschäfte derer besorgen zu helfen, die beständig das «freie» Westdeutschland gegen das «versklavte» Ostdeutschland auszuspielen suchen?

Sozialismus im Abstieg

Unsere Frage, wieweit man in den beiden großen Weltlagern die Notwendigkeit erfaßt habe, mit dem verhängnisvollen Grundsatz der Friedenssicherung durch Kriegsrüstung zu brechen, und wieweit die westliche Welt bereit sei, dem Kommunismus die soziale Revolution im demokratischen Stil entgegenzustellen, hat eine bemüht eindeutig Antwort erhalten. Man fährt allenthalben in den alten Geleisen weiter – und nähert sich damit immer sicherer der Katastrophe, der man angeblich ausweichen will. Und das Schmerzliche bleibt dabei stets, daß auch der demokratische Sozialismus – oder sagen wir besser: die sozialdemokratischen Parteien des Westens, ihre Berufung wegwerfend, diesen verkehrten Kurs in ihrer Mehrheit überzeugt mitmachen und sich insbesondere in das antikommunistische Kreuzfahrerheer grimmig entschlossen eingereiht haben. Julius Braunthal stellt es in der «Roten Revue» (Oktober 1949) mit Befriedigung fest: ohne die Zustimmung der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien wäre die «antikommunistische Allianz», die der Atlantikpakt darstelle, nicht abgeschlossen und von den Parlamenten nicht ratifiziert worden. Aber man sei eben in diesen Parteien der Meinung, «daß eine Allianz mit dem kapitalistischen Amerika das kleinere Übel ist als die Unterwerfung Europas unter den russischen Despotismus», die – so fügen wir hinzu – in Wirklichkeit gar nicht in Frage steht und selbst dann, wenn sie drohte, nicht mit Kriegsbündnissen und Atombombeneinsatz verhindert werden könnte.

Dem moralischen Versagen der meisten sozialdemokratischen Parteien entspricht ihre materielle Schwächung. Sozusagen bei jeder bedeutenderen Wahl verlieren sie fast in jedem Land anscheinend unaufhaltsam an Boden in der Bevölkerung. Eine Ausnahme macht die norwegische Arbeiterpartei, die anfangs Oktober den Ansturm des vereinigten Bürgertums gegen den planwirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes erfolgreich abgeschlagen hat, immerhin so, daß sie trotz der deutlichen Mehrheit, die sie im Parlament gewonnen hat, innerhalb der Wählerschaft in Minderheit bleibt und die Linke insgesamt infolge der Niederlage der Kommunisten schwächer dasteht als im alten Storting. Bei den fast gleichzeitig vorgenommenen Wahlen in Österreich haben die Sozialdemokraten ihre parlamentarische Stellung annähernd zu halten vermocht, wenn sie auch nicht, wie sie gehofft, die mit ihnen verbündete Katholische Volkspartei überflügeln konnten. Die freilich bedeutungslosen Kommunisten haben ihren bisherigen Stand ebenfalls behauptet, und die neue Splittergruppe der Linksozialisten vermochte sich auf Kosten der alten Sozialdemokratie wenigstens einen kleinen Achtungserfolg zu holen.

Im ganzen ist der westliche Sozialismus bei aller Stärke seines Beharrungsvermögens – das er mit der bürgerlichen Gesellschaft teilt – im Abstieg begriffen; die aufsteigende Macht ist der Klerikalismus, der, mit dem Kapitalismus im Bund, in den katholischen oder konfessionell ge-

mischten Ländern immer planmäßiger in die entscheidenden Stellungen einrückt.

Titoismus Für die Kommunisten ist der Niedergang der westlichen Sozialdemokratie allerdings nur ein schwacher Trost, steht er doch weithin in engem Zusammenhang mit der fortschreitenden Zurückdrängung, ja Lähmung der eigenen Bewegung, wie sie außerhalb der Sowjetzone unter dem Druck der internationalen Gegenrevolution schon seit mindestens 1947 vor sich geht. Dazu kommt nun der Riß, der durch den Konflikt der Sowjetunion mit Jugoslawien im Gefüge des Ostblocks selber entstanden ist. Der wüste Kampf, der zwischen dem Kreml und der Regierung Tito tobt, hat in der Berichtszeit an Heftigkeit nichts verloren, ja eher noch zugenommen, wenn auch zum Glück keine ernsthaften Anzeichen für eine bevorstehende kriegerische Auseinandersetzung der feindlichen Brüder zu bemerken sind; eher ist eine von außen her organisierte Rebellion *innerhalb* Jugoslawiens zu erwarten. Und doch muß jeder, dem die Sache des Sozialismus am Herzen liegt, aufs lebhafteste wünschen, es möge sich ein Weg auftun, auf dem Jugoslawien in die Gemeinschaft der osteuropäischen Nationen zurückkehren kann, in die es natürlicherweise unbedingt gehört – als Glied einer *Föderation* allerdings, nicht als Untertanenland der kommunistischen Vormacht. Die erfreulich selbständig geschriebene Luzerner Monatskorrespondenz «Extempore», die offenbar aus dem ehemaligen «Entscheidungs»-Kreis hervorgegangen ist, weist mit Recht auf die zahlreichen Abkommen und Wirtschaftsverträge hin, die in den letzten Jahren Bulgarien, Rumänien, Ungarn, die Tschechoslowakei und Jugoslawien untereinander und mit der Sowjetunion und Polen abgeschlossen haben.

«Diese Vereinbarungen haben aus Südost- und Osteuropa eine Wirtschafts- und Verkehrseinheit gemacht, in der Jugoslawien nicht nur als Lieferant und Abnehmer von Gütern, sondern auch geographisch ein unentbehrliches Glied ist. Bricht Jugoslawien endgültig aus der Kombination aus, so sind die ungarischen und bulgarischen wirtschaftlichen Planungen und Verträge ohne Grundlage, die tschechoslowakischen und rumänischen folgeschwer betroffen... Aber nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Verkehrslage macht Jugoslawien zu einem Element im osteuropäischen Raum, ohne dessen Einfügung und Mitwirkung es keine wie immer geartete Union der osteuropäischen Interessen gibt. Der direkte Zugang zum Mittelmeer und zum Verkehr mit den Mittelmeerländern geht für Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen über Jugoslawien zur Adria. Die kürzesten Schienenwege zwischen Bulgarien einerseits und den Industriegebieten der Tschechoslowakei und Westungarns andererseits führen über jugoslawisches Territorium. Auf einer bedeutenden Strecke, zwischen Ungarn und rumänisch-bulgarischem Gebiet, fließt die Donau durch jugoslawisches Land. Die Durchführung der weitreichenden Pläne zur Entwicklung der Donauschifffahrt, ja selbst die Aufrechterhaltung des Donauverkehrs und -Gütertransportes zwischen Ungarn und Rumänien beziehungsweise Bulgarien hängt von der Haltung der Belgrader Regierung ab. Nicht nur der gesamte osteuropäische, von der Sowjetregierung maßgebend beeinflusste Wirtschaftsplan, der seine Antriebe in den Chancen einer Großraumbewirtschaftung der rumänischen und oberschlesischen Energiequellen hat, sondern auch das Projekt des Wasserstraßennetzes zwischen Ostsee, unterer Donau und Schwarzem Meer ist also auf die Mitwirkung Jugoslawiens angewiesen.»

Nimmt man dazu die Bedeutung Jugoslawiens für die militärische Verteidigung des Ostblocks, so kann ein Zweifel an seiner natürlichen Zugehörigkeit zu der osteuropäischen Völkergemeinschaft nicht mehr bestehen. Und der Staat Titos, dem es bis jetzt nicht übel gelungen ist, Moskau als vom rechten marxistischen Glauben abgewichen hinzustellen, würde sich seine Entwicklungsmöglichkeiten selber verbauen, wenn er sich gewollt außerhalb des Ostblocks hielte und in einer Annäherung an den Westblock mehr als nur eine Rückendeckung für den Fall eines bewaffneten Zusammenstoßes mit der Sowjetunion sähe. Aber freilich, auch in Moskau müßte man guten Willen zeigen, den Gegensatz nicht auf die Spitze zu treiben, dies um so mehr, als es ja auch in den andern Volksrepubliken einen latenten «Titoismus» gibt, der sich gegen die zentralistische Gleichschaltung mit den Interessen Rußlands innerlich auflehnt und auf die Länge auch mit den schärfsten «Säuberungen», wie sie jetzt in Polen, der Tschechoslowakei⁵ und Bulgarien im Gange sind, nicht auszurotten ist.

Daß auch die von Moskau aus verfügte Einsetzung des Marschalls Rokossowski zum Oberkommandierenden der polnischen Armee den Zweck habe, polnische Widerseßlichkeiten im Keim zu ersticken, ist ein lächerlicher Deutungsversuch der westlichen Presse, die schon von der Kravtschenko-Fiktion eines inneren, grundlegenden Gegensatzes zwischen den Zielen der «Machthaber im Kreml» und den Interessen der Sowjetvölker lebt. Es ist darum auch verfehlt, die Ernennung Rokossowskis als einen Versuch Moskaus zu erklären, «den bitteren Reaktionen, die eine Begünstigung des deutschen Nationalismus auf Kosten Polens eines Tages in der polnischen Nation wecken könnten», zuvorzukommen. Das Gegenteil ist richtig: mit der Abkommandierung Rokossowskis demonstriert die Sowjetunion ihren Willen, Polen (und sich selber; Ostpreußen!) vor deutsch-westmächtlichen Ansprüchen zu schützen und die *Oder-Neiße-Grenze mit dem Einsatz ihrer eigenen Macht zu verteidigen*. Daß es nicht zu früh war, diesen Willen klar zu bekunden, machen die immer frecher werdenden deutschen Umtriebe und die Nachgiebigkeit

⁵ Es sei bei dieser Gelegenheit nachträglich die auch bei uns kolportierte Behauptung richtiggestellt, daß die tschechoslowakischen Behörden es der Presse und dem Radio verboten hätten, des Todestages Masaryks zu gedenken. Am 14. September gedachte die Presse Masaryks allerdings nicht in besonderen Artikeln, weil es die Regel zu sein scheint, daß solche «Jubiläen» nur in Jahren mit runden Zahlen gefeiert werden. Am Tag darauf brachten aber sämtliche tschechoslowakischen Zeitungen einen Bericht über die Gedenkfeier, die in Anwesenheit des Staatspräsidenten und anderer höchster Funktionäre anlässlich des 12. Todestages von T. G. Masaryk in Lány abgehalten wurde. Der Bericht des Zentralorgans der Kommunistischen Partei, des «Rudé Právo», liegt uns im Original vor. Auch das Wochenblatt der tschechischen Protestanten, «Kostnické Jiskry» («Konstanzer Funken»), veröffentlichte einen Leitartikel aus der Feder von Professor Hromádka, in dem sowohl Benesch als Masaryk gehuldt wurde. Für den 100. Geburtstag T. G. Masaryks (am 7. März 1950) werden übrigens schon jetzt große Gedenkfeiern vorbereitet.

der Westmächte gegenüber Bonn mit jedem Tag deutlicher. Das Gejammer im Westen über die endgültige Unterjochung Polens durch die Sowjetunion ist um so unangebrachter, als die fortschreitende militärische Gleichschaltung der westeuropäischen Länder (und erst recht Kanadas sowie der lateinamerikanischen Republiken) Tatsache ist, wenn auch die äußeren Formen dieser Gleichschaltung weniger stoßend sein mögen als diejenigen, die im Verkehr zwischen Rußland und seinen Satelliten üblich sind.

Die Abhängigkeit der osteuropäischen Volksrepubliken von der Sowjetführung an und für sich sei damit in keiner Weise bestritten; nur muß eben immer wieder ausgesprochen werden, daß es der Westen ist, der zu einer Entspannung des russischen Zentralisationskampfes am wirksamsten beitragen könnte, wenn er seinerseits von seinem bösen Kommunistenkrampf loskäme und ein neues, anständiges, den Lebensnotwendigkeiten der Sowjetländer Rechnung tragendes Verhältnis zum Osten fände, statt, wie er es jetzt tut, einfach machtmäßig und intrigantenhaft Belgrad gegen Moskau auszuspielen.

Der Kampf um Asien Aber es scheint nun einfach, als könne man im Westen die Völkerfragen nicht mehr anders ansehen als mit Augen, deren Blickfeld durch antikommunistische Scheuklappen verengert ist. Das gilt namentlich auch von der gewaltigen Unabhängigkeits- und Aufstiegsbewegung der asiatischen Völker, die man vielfach immer noch als eine von den geheimnisumwitterten «Machthabern im Kreml» angezettelte Verschwörung zur Eroberung der Weltherrschaft behandelt (Modell: Die Protokolle der Weisen von Zion), ohne zu merken, daß man damit die farbigen Rassen erst recht an die Seite des Kommunismus und der Sowjetunion drängt, die sich ihrer bisher fast allein angenommen haben. So zögern die Westmächte nun schon monatelang, mit Tschiang Kai-shek endlich zu brechen und das neue China anzuerkennen, obgleich es nach dem Fall Cantons (Mitte Oktober) vollends klar ist, daß es eine «nationale» Regierung mit irgendwelcher Befehlsgewalt über nennenswerte Gebietsteile gar nicht mehr gibt und die Pekinger Regierung der kommunistischen Volksrepublik die einzige wirkliche Autorität in dem sich umwälzenden Riesereich ist. Natürlich werden die Kabinette von Washington, London, Paris usw. schließlich gezwungen sein, diplomatische Beziehungen mit Mao Tse-tung aufzunehmen, mit oder ohne Bedingungen, die dieser zuerst zu erfüllen hätte; aber wie recht hatte doch Pandit Nehru, Indiens Ministerpräsident, als er während seines jüngsten Besuches in den Vereinigten Staaten die Westmächte immer wieder mahnte, den Völkern Asiens freiwillig zu geben, was sie brauchten und verlangten: nationale Unabhängigkeit und ein menschenwürdiges Leben. Nehru, in dessen Land alljährlich 2,5 Millionen Menschen an der Schwindsucht sterben

(7000 jeden Tag) und 1,5 Millionen Aussätige sozusagen ohne jede Pflege bleiben, weiß eben nur zu gut, daß Süd- und Ostasien nichts Geringeres nötig haben als eine soziale Revolution⁶. Er hat es darum offenbar abgelehnt, auf den Plan eines «Antikommunismuspaktes» einzutreten, der ihm in Washington nahegelegt wurde; statt sich mit dem neuen China, seinem großen Nachbarn, zu verfeinden und den Büttel des amerikanischen Imperialismus zu machen, zieht er es vor, Indien außerhalb des Gegensatzes der beiden großen Machtblöcke zu halten und es vielleicht zum Kern jener *wirklichen* dritten Kraft werden zu lassen, der Westeuropa hätte sein können, aber durch eigene Schuld nicht geworden ist und überhaupt nicht werden wollte.

Ähnliches trifft für Vorderasien zu, leben doch dort, wie sogar ein Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» feststellt, «etwa 40 Millionen Araber in einem Zustand unglaublicher Armut; deren Ausmaß übersteigt selbst die Vorstellungskraft der Bewohner von Elendsvierteln in den Großstädten des Westens». Es überrascht darum keineswegs, daß, wie im gleichen Artikel geklagt wird, «kommunistische Agenten der verschiedensten Nationalität» Zugang zu den «Kreisen der Unzufriedenen» zu gewinnen suchen und namentlich bei den gelernten Arbeitern, den Stehkragenproletariern und den Studenten nicht geringen Erfolg haben.

Und nun soll also, nach Indien, Burma und Ceylon, auch Indonesien seine nationale Unabhängigkeit gewinnen! Die Tragweite des von seinen Vertretern mit der holländischen Regierung getroffenen Abkommens ist zwar im Augenblick, da wir schreiben, noch schwer abzuschätzen – es wird darauf zurückzukommen sein –; auf alle Fälle stehen wir aber wieder vor einem Ereignis, das Epoche machen wird. Eine ganze, lange Periode weißer Kolonialherrschaft ist wenigstens in Südostasien abgeschlossen, und eine neue Zeit hebt für die 62 Millionen brauner Menschen an, die sich gegen alle Widerstände ihre nationale Selbstregierung erkämpft haben. Eine Bemerkung muß freilich schon jetzt angebracht werden: Es kommt nun alles darauf an, daß Indonesien auch seine *wirtschaftliche* Freiheit gewinnt und seinen *sozialen* Aufstieg bewerkstelligt. Denn Holland hat ja nicht zuletzt unter dem Druck Amerikas nachgegeben, dessen Kapitalismus ein Interesse daran hat, daß den Holländern das

⁶ Das unterstreicht auch André Monnier in der «Cité Nouvelle», dem Halbmonatsorgan unserer religiös-sozialistischen Freunde in Frankreich (Nr. 84), wenn er im Blick auf die Pläne, mit Staatshilfe die landwirtschaftliche Produktion in Amerika einzuschränken, ausruft: «Hören sie (die kapitalistischen Politiker) denn nicht die Wutschreie der hungernden Unglücklichen in Indien, Burma und China, die nicht einmal mehr die unentbehrliche Handvoll Reis haben? Was nützen diese Dollars, wenn der Planet in Flammen steht und sich die Horden der Hungernden nach den gefüllten Scheuern zu in Marsch setzen? Denn dieser Tag kommt, glaubet mir nur! Erbittert und toll vor Angst werden die Frauen, ihre fleischlosen Kleinen vor sich, einmal auf die revolutionären Prediger horchen, die mit einem neuen Evangelium zu ihnen kommen werden!»

Ausbeutungsmonopol für Indonesien entrissen wird⁷. Freiheit von Holland zu erlangen, nur um – in der Form staatlicher Souveränität – in den Herrschaftsbereich der Vereinigten Staaten zu geraten, in dem ja auch zum Beispiel die Philippinen geblieben sind, das wäre wahrlich kein großer Fortschritt für Indonesien. Aber wir vertrauen darauf, daß die Vernunft der Geschichte auch hier walten und ein Werk vollenden werde, das jetzt so verheißungsvoll begonnen worden ist.

7. November.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Die Notlösung

Die Neuordnung der Bundesfinanzen wird nachgerade zur chronischen Zentralfrage der schweizerischen Innenpolitik. An sich höchst unnötigerweise! Es gibt größere und wichtigere Fragen zu lösen, denken wir nur an die Militär- und Neutralitätsfrage (die für die meisten unter uns freilich überhaupt keine Frage ist), an die Wohnungsfrage, an die Entschuldung der Landwirtschaft oder an die Neugestaltung unserer Wirtschaftsverfassung im ganzen, die auch so viele Sozialisten höchst gemächlich nehmen, und die uns doch im Hinblick auf die Weltlage auf den Nägeln brennen sollte. Aber abgesehen davon, daß Finanzfragen immer in besonderem Sinne Machtfragen sind, in denen sich der Kampf der Klassen und Gruppen jeweils aufs stärkste zuspitzt und verdichtet, ist das Problem der Bundesfinanzreform eben zeitlich zur vordringlichsten Angelegenheit der Eidgenossenschaft geworden, fällt doch das für den Bundeshaushalt geltende Notrecht mit Ende dieses Jahres dahin, so daß eigentlich auf Anfang 1950 ein normales Finanzrecht hätte in Kraft treten sollen. Nun weiß man aber, daß es die verbündeten Kräfte der sozialen Konservatismus unter katholischer Führung fertiggebracht haben, das rechtzeitige Zustandekommen einer solchen Neuordnung zu hintertreiben, weil sie noch immer hoffen, die jetzt vorläufig erhobene direkte Bundessteuer endgültig zu Fall bringen zu können. Eine einstweilige Verlängerung des geltenden Rechtszustandes als Übergangs- und Notlösung konnte so nicht mehr umgangen werden, und die Frage war nur, in welcher Form dies geschehen solle und welche sachlichen Änderungen im Bundeshaushalt in- zwischen zu treffen seien.

Die sozialdemokratische Fraktion verlangte einen entsprechenden Verfassungsartikel, der vor seiner Inkraftsetzung der Abstimmung des Volkes und der Stände hätte unterworfen werden müssen; die bürgerlichen Gruppen setzten indes, unter Berufung auf das am 11. September angenommene Volksbegehren (das doch gerade gegen den Notrechtsunfug gerichtet war) einen neuen Notrechtsbeschluß durch, der nun allerdings ebenfalls dem Souverän vorzulegen ist. Sachlich gelang es, einige nicht unerhebliche Verbesserungen gegenüber dem bisherigen Steuerrecht zu erwirken, vor allem bei der Wehrsteuer und der Umsatzsteuer; die direkte Bundessteuer wird ohnehin vorläufig weiter erhoben. Andererseits haben die besitzenden Schichten gegen früher so starke Steuererleichterungen bekommen, trotz der horrenden Steigerung ihres Reichtums im letzten Jahrzehnt, daß dadurch das Mißverhältnis zwischen der Belastung der schwächeren und derjenigen der stärkeren Schichten zu Ungunsten der ärmeren Klassen noch verschärft wurde und es psychologisch einfach unmöglich geworden wäre, eine derartige Lösung der Finanzfrage, auch wenn sie nur Notcharakter haben sollte, vor

⁷ Die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2226) berichtet aus dem Haag, daß die Indonnesien-Kommission der Vereinten Nationen den stärksten Einfluß auf den Gang der Konferenz am Runden Tisch ausgeübt habe. «Wir glauben feststellen zu dürfen», sagt der Korrespondent, «daß es vor allem der amerikanische Delegierte Cochran ist, der sozusagen in jeder Hinsicht das letzte Wort spricht.»